

Cüberer Volksbote

Organ für die Interessen der werktägigen Bevölkerung

Der „Cüberer Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Übernahmepreis, einschließlich der Unterhaltungsbeläge, 20 Pf. — „Die Neue Welt“, vierteljährlich 200 Pf., monatlich 10 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Telefon Nr. 222

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgässige Zeitung 10 Pf., für eine 20 Pf., Verhandlungen-, Arbeits- und Wohnungszeitung 10 Pf., auswärtige Anzeigen 30 Pf., Fächer für die einzelne Nummer 10 Pf., für ein Umschlag 10 Pf., für vormittelnde Zeitungen höher, in der Expedition angegeben werden.

Nr. 56.

Dienstag, den 7. März 1916.

23. Jahrg.

America und Deutschland.

Der Senat der Vereinigten Staaten hat, wie bereits gemeldet, mit 68 gegen 14 Stimmen beschlossen, die Beratung der Resolution Gores auf unbestimmte Zeit zu vertagen.

Diese Resolution verlangt, daß die amerikanischen Bürger amtlich vor der Benützung bewaffneter Schiffe der kriegsführenden Mächte gewarnt würden. Präsident Wilson, der seit geraumer Zeit die auswärtige Politik ganz unbeschränkt nach seinem Willen führt, will eine solche Warnung nicht erlassen, da nach seiner Ansicht ein Amerikaner auf jedem Schiffe, auch einem bewaffneten, ungefährdet reisen können soll, sofern dieses Fahrzeug nicht gerade ein Kriegsschiff ist. Wilson sagt, der Verzicht auf dieses Recht würde gegen die „Ehre der Nation“ verstößen.

Ob nun der Senat durch seine Besluß fundgegeben wollte, daß er den Standpunkt des Präsidenten billige, ist immerhin noch zweifelhaft. Eine Reuterdepesche stellt das natürlich so dar. Sie lautet: „Durch dieselbe Abstimmung, durch die die Behandlung von Senator Gores Resolution auf unbestimmte Zeit verschoben wurde, wurden alle Resolutionen, in denen auf eine friedliche Taktik gegenüber Deutschland gedrungen wird, erledigt. Die Galerien waren voller Menschen; es erregten sich Szenen, wie sie seit der Kriegserklärung an Spanien nicht vorgekommen sind. Wilsons Freunde glauben, daß das Repräsentantenhaus wahrscheinlich dem Beispiel des Senats folgen und den Präsidenten in seiner Politik unterstützen werde. Man nimmt allgemein an, daß Resolutionen wie die Gores zukünftig keine Aussichten mehr haben, durchzugehen.“

Reuter hat schon wiederholt den politischen Vorgängen in America eine falsche Auslegung gegeben: man könnte also annehmen daß auch diesmal die Dinge so dargestellt werden, wie die Engländer sie gern haben möchten. Aber leider spricht alles dafür, daß tatsächlich Präsident Wilson vom Senat eine Zustimmung zu seiner Politik erlangt hat, und daß diese Politik sich mit aller Stärke gegen Deutschland richtet, ist nur zu gewiss.

Der Washingtoner Vertreter des Wolfsbüros teilt mit: Während noch keine amtliche Darstellung veröffentlicht wurde, erklärte eine glaubwürdige Persönlichkeit, die über die Vorgänge in den Konferenzen zwischen Wilson und den Kongressmitgliedern unterrichtet war, daß Wilson den Senatoren und Repräsentanten gegenüber nachdrücklich den Standpunkt vertrat, die Unionstaaten müßten sich in Behandlung der Unterseebootfrage an das bestehende Völkerrecht halten, weil, wenn ein anderer Weg eingeschlagen würde, die Unionstaaten im Verkehr mit fremden Nationen nicht den geraden Weg gehen könnten. Beide im Krieg befindlichen Parteien, sagte Wilson, beginnen zur Wiedervergeltung für die Taten der Gegenpartei Handlungen, die dem Völkerrecht nicht streng entsprechen. Die Warnung an die Amerikaner, sich von bewaffneten Handels Schiffen fernzuhalten, würde eine Anerkennung der Berechtigung, solche Schiffe anzugreifen, bedeuten.

Augenscheinlich sieht die Angelegenheit so: Deutschland und Österreich-Ungarn haben den neutralen Regierungen anheimgebracht, ihre Staatsangehörigen vor der Benützung von bewaffneten Schiffen der kriegsführenden Mächte zu warnen, da solche bewaffneten Schiffe von einem bestimmten Zeitpunkt ab ohne weiteres angegriffen werden würden. Die Washingtoner Regierung ist der Ansicht, wenn Handels schiffe zur Verteidigung bewaffnet seien, diese völkerrechtlich nicht ohne vorhergehende Warnung angegriffen und nicht vernichtet werden dürften, ehe Mannschaften und Passagiere Gelegenheit zur Rettung hätten. In der deutschen Presse ist aber darauf hingewiesen, daß die britische Admiralität geheime Anweisungen erteilt habe, wonach die Handels schiffe ihre Geschüze gegen Unterseeboote auch dann gebrauchen sollten, wenn diese noch keine ent scheidend feindliche Handlung begangen hätten, falls nur der Kapitän annimmt, das Unterseeboot hätte feindliche Absichten. Der Deutsche ist die photographische Wiedergabe des englischen Geheimbefehls (der übrigens von der Londoner Regierung nicht abgeleget, sondern nur „ausgelegt“ wird) angefertigt. Merkwürdigweise hat jedoch der amerikanische Gelehrte in Berlin den Text dieses Befehls seiner Regierung nicht telegraphiert, sondern sich begnügt, das Dokument als Brief abzufinden; es ist in Washington noch nicht eingetroffen und dort also „amtlich unbekannt“. Wilson hat seine Erklärung über das Recht auf Beurteilung bewaffneter Dampfer abgegeben und der Senat hat über die Resolution Gores abgestimmt, bevor der Geheimbefehl offiziell bekannt war, aber nachdem man doch davon wußte. Das ist eine helle Sache, die deutlich zeigt, welche Tendenzen abwirken! Stimmt man dazu, was über Wilsons Reden nur in den letzten Tagen gemeldet worden ist, namentlich über seine These, daß Eingreifen Amerikas würde den Krieg rasch beenden, so kann man sich nicht versöhnen, daß neue schwere Verwicklungen drohen. Den äußersten Ausgang dazu kann beispielweise der Tod eines Amerikaners geben, der aus Menschenfeind oder gegen bare Bezahlung an Bord eines bewaffneten englischen, französischen oder italienischen Schiffes ging.

Der Reichskanzler hat bisher in den unerquie lichen Verhandlungen mit der Washingtoner Regierung viel Geduld und Mäßigung gezeigt und sich nach Kräften bemüht, einen Bruch mit den Vereinigten Staaten zu vermeiden. Leider scheint er aber, mit dieser Politik nicht überall Unterstützung zu finden, und den Kriegsherrn jenseits des Oceans werden geradezu Waffen in die Hand gespielt von Leuten, die sich als die besten deutschen Patrioten ausgeben.

In einigen großen Blättern, die im Ausland viel mehr beachtet werden als bei uns, wird seit den Tagen, da ein Ausschuss des preußischen Abgeordnetenhauses den bekannten Vorstoß unternahm, der „verächtliche Unterseebootkrieg“ derart dargestellt, und wird ein Verfahren gefordert, daß die einzelnen Säke von der „gassen“ Presse Americas als Ueberschriften für Herzartikel gebraucht werden können.

Schon die Redensart vom „verächtlichen Unterseebootkrieg“ muß entschieden zurückgewiesen werden. Von einer „Verächtung“ wird in der deutschen amtlichen Erklärung überhaupt nicht gesprochen; diese enthält lediglich die Ankündigung, daß künftig bewaffnete Handels schiffe als Kriegsschiffe (Hilfskreuzer) angesehen und danach behandelt werden sollen. Eine viel gefährlichere Neuformung ist die, es müsse verlangt werden, daß die deutschen Unterseeboote von jetzt ab jedes Schiff torpedieren, das ihnen vor das Rohr kommt. Das ist zwar heller Wahnsinn und kein Angehöriger der deutschen Marine wird Neigung haben, zum Amokläufer zu werden; aber die tolle Drohung wird eine Rolle spielen in dem Augenblick, da in America die Kriegstreiber die Kriegs befehlshabern wollen. Und sie wird um so wirksamer sein, wenn gleichzeitig Neuformungen angefordert werden können, wonach der Anschluß der Union an die Entente als gleichgültiger Zwischenfall angesehen wird. Derartige Neuformungen sind aber schon gefallen, und es ist gesagt worden, daß die gewaltige

englische Flotte einen Angriff auf Deutschlands Küsten nicht wagen könne, sei noch viel weniger von der amerikanischen zu befürchten, das Heer der Union, etwa 100 000 Mann, würde auch keine besondere Verstärkung des Feindes bedeuten. Wir brauchen auf diese höchst naiven Annahmen nicht einzugehen, schon darum nicht, weil die Erfahrung von neunzehn Monaten doch deutlich genug gezeigt hat, daß außer Schiffen und Soldaten noch andere Faktoren den Gang des Krieges stark beeinflussen.

Wie wir vorläufig annehmen müssen, hat Präsident Wilson die Überzeugung, daß seine Politik gegen Deutschland vom Parlament, wenn nicht genehmigt, so doch jedenfalls nicht gestört wird. Wie weit er im Verfolg dieser Politik zu gehen geneigt ist, dafür liegt kein Unhaltspunkt vor. Man behauptet, daß er zum Krieg entschlossen sei, um den Krieg anzufügen, und man behauptet auch, daß er lediglich mit diplomatischen Mitteln arbeiten wolle. Jedenfalls liegt die Entscheidung bei ihm; und es zeigt sich, daß alle verhältnismäßige „Demokratie“ unter den heutigen Verhältnissen nicht davor schützt, daß höchst persönliche Politik getrieben und eine Lage geschaffen wird, bei der eine Kleinigkeit zur Katastrophe führen kann.

So hat man in Deutschland die Krieger beklagt zu sein, um nicht den Leuten, die eine solche Katastrophe verhindern, in die Hände zu arbeiten. Vor allem muß das Schicksal von dem „verächtlichen Unterseebootkrieg“ und die wichtige Forderung des unerschöpflichen Torpedieren bestimmen. Es ist in dieser Tonart fortzuschreiben, wäre möglich.

Wir wünschen froh, für die eigentlichen Blüten des Friedens handelt es sich um eine politische Weise ebenso wie einen Deutschen Klimmer, wenn sie ihr gefährliches Treiben fortsetzen.

Von den Kriegsschauplätzen.

Über die Kämpfe bei Verdun. — nach einer Zürcher Meldung ist der Feuerring um die Festung beinahe zu einem Dreiviertelkreis ausgedehnt worden. — verbreitet man in Frankreich die eigenartigsten Nachrichten. Demgegenüber wird von Wolff folgendes gemeldet:

Der amtliche Bericht der deutschen Obersten Heeresleitung sagt über die Kampfe, die am 3. März bei Verdun stattfanden, folgendes: „Beider Seite der Maas verstärkten die Franzosen ihre Artillerietiefe und griffen nach bedeutender Steigerung des Feuers das Dorf Douaumont und unsere anschließenden Linien an. Sie wurden teilweise im Nahkampf unter großen Verlusten zurückgeschlagen und verloren außerdem wieder über 1000 unverwundene Gefangene. In der Zuverlässigkeit der amtlichen deutschen Berichterstattung zweifeln wohl auch die Franzosen nicht. Trotzdem oder vielleicht deshalb werden die deutschen Berichte dem französischen Volke vorenthalten. Anstatt dessen schildert der offizielle französische Nachrichtendienst die gleichen Ereignisse in dem am 4. März von Lyon aus verbreiteten Funk spruch, der für das französische Volk und die neutrale Welt bestimmt ist, der man auch die amtliche deutsche Berichterstattung fernzuhalten trachtet, mit folgenden Worten: „Das Bestehe der Deutschen, Verdun um jeden Preis erobern wollen, kostete ihnen gestern wieder außergewöhnlich hohe Verluste. Die Presse stellt fest, daß nur 70 000 Mann Verluste zugeben; dies gibt eine Idee ihrer tatsächlichen Verluste. Der feindliche Plan, der darin besteht, die im Norden der Stadt geplagene Breche zu erweitern, um den feindlichen Truppen einen Durchzug zu gestatten, scheiterte gestern wiederum gänzlich. 300 bis 400 Meter vorläufigen Geländewinns bilden das einzige Ergebnis der letzten Tage der Schlacht vor Verdun.“ Die „Petit Parisien“ schreibt: „Bis jetzt ist vom Feinde noch kein tatsächliches Resultat erzielt worden. Der Kampf wird fortgesetzt. Es handelt sich tatsächlich um eine große Schlacht, wozu wir erst einen schwachen Teil unserer Kräfte eingesetzt. Dem „Kater“ folge ergeben sich wertvolle Feststellungen aus dem Verlauf des verlorenen Tages. Erstens, sagt er, hielten wir einem durchzähnen Feuer stand, das gegen unsere Werte gerichtet war. Unter Verstärkung des wechselnden Vor gehens und Zurückweichens, das bei einem so heftigen Gefecht stattfindet, behaupteten wir unsere Linie, ohne zu wanken und ohne dem Feind zu gestatten, gegen uns den geringsten Vorteil zu bewahren. Zweitens ist es unbedenklich, daß der Deutsche gestern wiederum bedeutend höhere Verluste erlitten als wir. Auf den blutigen Sonnenfeldern der Höhe von Douaumont wurde die Seele ihrer Saitallone niedergemacht. Auf gewissen Stellen befinden sich die Leichen so dicht nebeneinander, daß es ihnen an Platz fehlt, um zu Boden zu sinken. So sind sie aufrecht liegen geblieben, eine graue Ruhestille bildend.“

Diese Darstellung überschreitet jedoch das bisher üblich gewesene. Was der vor dieser Stelle verbreiteten Augen. Am 3. März war ein Schlagtag, an dem die militärischen Angriffe der Franzosen unter den schweren Verlusten und Einbuße von über 1000 unverwundeten Gefangenen zessierten, während die Deutschen planmäßig seinen Fuß traten und das Großteil unter durchaus ertragbaren Verlusten fest behaupteten.

Gegenüber diesen ungewöhnlichen Darstellungen erfuhr General Guillaumet im Raum offen und ehrlich. Die Männer, die man in Frankreich prahlte gegen hatte, sind vor dem

Angriff auf Verdun geschwunden. Jeden Tag fündigte man uns die bevorliegende Erschöpfung Deutschlands an und der Sieg sollte eine schwere Prämie für die Feind der Alliierten sein. Wie weit liegt das alles zurück nach zehn Kampftagen. Der in der Stille vorbereitete und klugartig entwinkelte Angriff auf Verdun führte die Geister zu anderen passenden und wirklichen Kriegsbildern zurück. Die deutsche Armee steht immer noch da in ihrer fürchterlichen Angreifslage, ist, deren Mittel weit davor entfernt, sich abzuwenden, nach gewachsen sind.“

Brando lädt trotz des offensichtlichen erfolgreichen Angriffs der Deutschen die Hoffnung nicht schenken. Nach einer Sitzung des Heeresausschusses der Kammer sprach er: „Die Überzeugung aus, daß nun kein Punkt der Verdunfront dem Gegner mehr werden preisgegeben werden. Es ist doch besser Brando wartet zunächst ab, was kommt.“

In der Nacht zum Montag haben mehrere deutsche Zeppeline die englische Ostküste wieder einmal unrichtig gemacht.

Nach dem am Sonnabend eingetroffenen Meldungen mußte es scheinen, als ob die Ablehnung der Resolution Gores durch den Senat der Vereinigten Staaten bedeute, daß Präsident Wilson benovollmächtigt werde, in jeder unverzüglich gegen Deutschland gerichtete Politik noch weiter vorzubereiten und fortzuführen. Neuere Nachrichten legen, daß es wesentlich anders verhälten und daß Senator Gore durch geschickte Ausnutzung der Geschäftsordnung einen Erfolg über Wilson davongetragen habe. Ein der Frankl. 31. August eingangenes Privattelegramm aus New York, 4. März, erläutert den Vorgang.

Senator Gore hat durch eine geistige parlamentarische Taktik den Präsidenten Wilson im Senat des Sieges berechtigt. Wilson wünschte, daß der Senat seine Stellungnahme ohne Debatte bestätige, weil die letztere viele von Wilson abwendende Diskussionen gefordert und vor allem beweisen würde, daß die Haltung des Präsidenten logisch nicht konsequent ist. Dafür warhänger im Senat beantragt deshalb, daß Gores Resolution auf den Tisch des Hauses gelegt werde, ein Antrag, der nach der Geschäftsordnung des amerikanischen Parlaments eine Debatte als möglich macht. Gore überlistete sie jedoch, indem er seine Resolution so abänderte, daß sie nun beflogt, die Versetzung eines Kommandos mit amerikanischen Passagieren durch ein deutsches Unterseeboot verhindern zu lassen von den Vereinigten Staaten als Kriegsmaßnahmen bekräftigt werden. Hierauf stimmten 68 Senatoren, während der Antrag auf den Tisch zu legen, was die Ablehnung bedeutend mehrere Minuten dauerte.

Senatorialer Befehl hat durch eine geistige parlamentarische Taktik den Präsidenten Wilson im Senat des Sieges berechtigt. Wilson wünschte, daß der Senat seine Stellungnahme ohne Debatte bestätige, weil die letztere viele von Wilson abwendende Diskussionen gefordert und vor allem beweisen würde, daß die Haltung des Präsidenten logisch nicht konsequent ist. Dafür warhänger im Senat beantragt deshalb, daß Gores Resolution auf den Tisch des Hauses gelegt werde, ein Antrag, der nach der Geschäftsordnung des amerikanischen Parlaments eine Debatte als möglich macht. Gore überlistete sie jedoch, indem er seine Resolution so abänderte, daß sie nun beflogt, die Versetzung eines Kommandos mit amerikanischen Passagieren durch ein deutsches Unterseeboot verhindern zu lassen von den Vereinigten Staaten als Kriegsmaßnahmen bekräftigt werden. Hierauf stimmten 68 Senatoren, während der Antrag auf den Tisch zu legen, was die Ablehnung bedeutend mehrere Minuten dauerte.

Sämtliche Abgeordnetenblätter sind der Meinung, daß Wilsons Haltung in der Unterseebootfrage tatsächlich missbilligt worden ist. Aber deshalb, weil die Debatte im Senat forderte, daß Präsident also sein Ziel, die Erörterung der Frage zum Sitzungsende zu bringen, nicht erreicht wurde. Keine einzige Abgeordnete ist der Meinung, daß niemand der Krieg in Amerika mit dem Deutschen Krieg in Amerika beginnen darf, wenn man die Gewalt der Gewalt entzieht.

Zum Kongreß gehört aber neben dem Senat auch das Repräsentantenhaus. Dies beschäftigt sich ebenfalls mit Wilsons Politik, ist aber, wie es scheint, keineswegs damit aufzudenken. Der republikanische Abgeordnete Mondell sagt in demselben die auswärtige Politik der Regierung an und verlangt dringend die Annahme seines Antrages, durch den die Amerikaner vor der Benutzung bewaffneter Kaufmänner gemahnt werden. Mondell sagte: "Wenn jemand, der vollkommen unterrichtet ist, behauptet, daß ein amerikanischer Bürger das Recht hat, das weder abgelehnt noch genehmigt oder verfügt werden sollte, in der jetzigen Zeit und unter den jetzigen Verhältnissen auf einem Schiff zu reisen, das für ein Gesetz ausgerüstet und nach einer Gegend des Kriegsschauplatzes bestimmt ist, so muß ich annehmen, daß jemand, der eine solche Absicht hat und darauf besteht, entweder die Politik gegen die nationale Ehre auspielt oder die Absicht hat, die Nation in den Krieg zu verwickeln."

Nach dem Wurf von Meldungen, der zu dieser Frage vorliegt, ist in den Vereinigten Staaten eine außerordentlich starke Strömung gegen die kriegslustige Politik des Präsidenten vorhanden. Ob dieser selbst nun aus den verschiedenen Ausführungen die Lehre zieht, seine Politik zu ändern und die, wie Stone in einem Briefe an Wilson mit Recht sagt, "idealem Hocherrat gegen die Republik gleichkommende Marthe ist in unserer Bürger, ihr Leben aufs Spiel zu legen", zu bekämpfen, wenigstens ein Eingreifen wegen der Folgen abzulehnen, bleibt abzuwarten. Aber jedenfalls sind die Vorgänge der letzten Tage für ihn eine Mahnung zur Vorsicht. Er muß erkennen, daß die Selbstsicherheit mit der bisher die persönlichen, eigenfühligen Ausschüttungen durchsetzen wollte, auf die Gefahr hin, das Land in den Strudel des Krieges zu treiben, mehr und mehr auf Viderstand stößt, und weiter wird er erfahren, daß die Wirtschaftsfabrikanten und Goldmagnaten doch noch nicht ganz die große Republik auswischen.

Eine bemerkenswerte Kennzeichnung der Politik Wilsons und der Lage gab den früheren amerikanischen Generälen in München, Göttingen, einem Mitarbeiter des "Volks-Anzeigers" gegenüber: Soweit ich erkennen konnte, scheint man hier in Deutschland vielmehr der Ansicht zu sein, daß die geforderte Abstimmung im Senat einen Erfolg Wilsons darstelle. Das ist ein großer Irrtum. Die Abstimmung beweist nur, daß der amerikanische Senat nicht daran denkt, Wilsons Politik der Wirtschaftsverei und Prinzipienreite zu billigen. Stände der Senat geschlossen hinter dem Präsidenten, so hätte die Sitzung einen ganz anderen Ausgang genommen. Bei keiner kürzlichen Antrittsrede in Amerika sah ich, daß die Auslegung, die Wilson dem Rechte der amerikanischen Bürger gab, frei zu reisen, wohin sie wollen, Bedenken erregt. Zum Beispiel ordnete er an, daß kein Mitglied der nordischen Gesellschaft, die doch ausschließlich nur Friedliche Zwecke verfolgte, die Erlaubnis erhielt, sich frei und ungehindert in eines der kriegsführenden Länder zu begeben. Die diplomatischen und konsularischen Beamten der Vereinigten Staaten hatten die strikte Weisung, den Mitgliedern der nordischen Gesellschaft die Fassierung des Passes für irgendeines der kriegsführenden Länder zu verweigern. Der anhaltige Gegensatz zwischen dieser Verneinung und der vom Präsidenten geforderten Beleidigung für alle Amerikaner, steht nur nach den kriegsführenden Staaten zu reisen und die Kriegszone zu polieren, sondern dies auch als bewaffneten Fahrzeugen zu tun, entlang den amerikanischen Küsten natürlich nicht. Ich kann kaum weiteren Mittelmaßen machen. Ich möchte aber dringend warnen, den über England aus den Vereinigten Staaten kommenden Meldungen irgend welche Bedeutung zu schenken. Sie sind immer selbst da, wo sie für Deutschen eindeutig darüber liegende Nachrichten enthalten, in feindlicher Weise tendenziös zu rezipieren.

Wien, 6. März. Tatsächlich wird berichtet:
Italienischer und österreichischer Kriegsjournalist.
Siehe Seite

Italienischer Kriegsjournalist.
Die Spannung ist in letzteren Tagen etwas eingebrochen, seitdem die Krieger aus dem Sanierungs-

Gegen Frankreich und Belgien.

Ein französischer Bericht.

Folgender Bericht des Generals Petain wurde bei einem Generalstaat des französischen Infanterie-Regiments Nr. 33 gelesen: Seit dem 21. Februar greift die Armee des Königs mit schwerer Artillerieangriff weitere Stellung an. Doch wir hat der Feind in viel Artillerieangriffen gesiegt und sie ist viel schwieriger eingeschlagen. Bereits hat er viele kleine Forts, die er bei seinem Marsch fortwährend zerstört hat, auf dem Schrottefel teils eingeschlagen. Er eroberte jetzt Infanterieeinheiten eines kleinen Forts. Dies beweist, welches Werk Deutschland bei seiner Offensive geleistet hat, einen großen Erfolg, welche er mit einer Reihe von schweren Geschützen erzielt. Es besteht jetzt keine Bedrohung mehr und nicht mehr; diese Freude der Besiegung im Orient kann das Interesse der französischen und englischen Truppen nicht beeinträchtigen. Der Krieg des Reichs, der uns ein schweres Unheil bringt, ist das Ergebnis der schweren Kriegerischen Misserfolge des Deutschen. Unter Petain hat er gesagt, daß er diesen Feind besiegen möchte, aber nicht ohne Hilfe und den Durchmarsch durch Frankreich. — Wir müssen noch einiges tun, um Frankreich zu besiegen, wie in Schlesien, in der Normandie und im Nordosten, am Meer und in der Champagne. Einmal werden wir sie besiegen und das Ergebnis dieser verdeckten Konfrontierung bei den letzten Truppen, die überall noch stehen und sie besiegen, verdeckt haben werden, wird den Sieg des Deutschen entscheidet.

General Petain berichtet der II. Kriegs-Schule.

Zeitung des Regimentskommandeurs. Dieser Beitrag des Generals Petain, des französischen Kommandeants des 33. Regiments, hat der Schule sehr beeindruckt: Das 33. Regiment und die französischen Kommandeure werden erneut das 22. Regiment töten, wenn es einen Krieg, zu deren ersten Schritte noch es nimmt.

Zeitung des Regimentskommandeurs. Dieser Beitrag ist sehr von regnerischer Spannung geprägt.

Die französischen Soldaten haben den französischen 33. Kommandeur, der hier ein sehr starkes, zielgerichtetes Schießen hat, als sehr gut bezeichnet, während das Deutsche Schießen: Das 2. und 4. Kriegs-Schule ist mit dem

Douaumont. In den beiden Tagen erlitt es starke Verluste. Die Gefangenen zeigten eine verzweifelte Stimmung. Sie klagen über die Führung und Versiegung. Die Zahl der Gefangenen erhöhte sich am 5. März auf 24 Offiziere und 874 Mann. — Der ansteuernde Befehl des Armeeführers, der sich nicht scheut, mit einem natürlich nie erlaubten Aufmarsch des Kaisers zu arbeiten, führte das Regiment also nicht zum Siege.

Was die Gegner melden.

Der französische Bericht vom Sonntag nachmittag besagt: In Belgien brachte unsere Artillerie südlich von Cambrai feindliche Gräben zum Einsatz. In den Argonnen dazwischen schossen unserer Batterien auf Gräben und Verbindungswege des Feindes in der Gegend von La Haute Chevonne und Boureilles, wo ein Brand verursacht wurde. In der Gegend von Verdun breitete sich der Kampf, der auf Douaumont lokalisiert war, weiter abends aus. Um 6 Uhr richtete der Feind nach einem heftigen Bombardement gegen unsere Linien vom Gehölz von Haudremont bis zum Fort Douaumont einen sehr lebhaften Angriff, der durch unser Sperrfeuer und durch unser Infanteriefeuer zurückgewiesen wurde. Im Laufe der Nacht war die Beschießung andauernd weiter sehr lebhaft auf unserer ganzen Front östlich der Maas, westlich von Mort Homme und an der Cote d'Or.

Amtlicher Bericht von Sonntag abend 11 Uhr: Nördlich von Soissons richteten unsere Batterien ihr Beschussfeuer auf die feindlichen Werke. In den Argonnen beobachtete unsere Artillerie die feindlichen Arbeiten in der Nähe des Weges von Binarville, nördlich von La Baraque und bei La Haute Chevonne. Nördlich von Verdun sehr lebhaftes Bombardement, namentlich zwischen dem Gehölz von Haudremont und dem Fort von Douaumont; doch erneuerte der Feind die Angriffe in dieser Gegend nicht. Keine Veränderung bei dem Dorf Douaumont, dessen unmittelbare Zugänge wir halten. Ein Angriff fand im Gehölz östlich Bacheville statt. Im Osten starke Beschießung in der Gegend von Fresnes und östlich von Haudremont. Unsere Artillerie zeigte sich sehr tätig auf der gesamten feindlichen Front und beschoss in Bewegung befindliche Truppen nördlich von Bacheville sowie am Gehölz, in Gräben und Zugängen von Louverneuil. Einer unserer Flieger schoss in der letzten Nacht mehrere Bomben auf den Bahnhof von Goulaus, wo große Tätigkeit gemeldet wurde.

Belgischer Bericht: Durch Panzer unterbrochene Beschießung auf der belgischen Front.

Englischer Bericht vom 5. März: Der Handgranatenkampf dauerte gestern abend an den Trümmern nordöstlich von Verneuil an. Der Feind zeigte sich tätig bei Loos und nordöstlich von Ypern. Im Kanal von Ypern-Comines ist die Lage ruhig. Wir halten den am 2. März gewonnenen Boden.

Clementeans Blatt auf acht Tage verboten.

Das Blatt "L'Homme d'aujourd'hui" wurde beschlagnahmt. Es darf acht Tage nicht erscheinen.

Gegen Russland.

Komm. glänzend!

Bei der Debatte über die Hinterbliebenenversorgung der Kriegsgefallenen in der Duma erklärte nach einer Stockholmer Meldung der Vertreter des Finanzministers, Kosmaski, die Regierung habe dafür keine Ressource übrig. Diese Erklärung führte zu einem lebhaften Zusammentreffen zwischen dem Regierungssprecher und den Abgeordneten.

Der Abgeordnete Schingareff bezeichnete den Regierungssitzpunkt als den Gipfel des Tyrannismus. Der Kämpfer gegen den Untergang in das Heer sei schon groß genug und wäre durch die verbrecherische Regierungserklärung, die werde den Durchdringung einer Gewaltigung von Verbündeten nicht gestoppt, noch wachsen. Die Kritik zeigt einen allgemeinen Ton.

Schwarzkopf, die Duma tut, was sie will. Kosmaski unterbricht den Redner und sagt, die Regierung kann sich unmöglich der Hinterbliebenenversorgung, das koste zu viel Geld. Das Interesse des Staates an dem Wohlgehen der Kriegerfamilien ist gering, die Kinder Gejagter haben kein Recht, Unterschüsse zu verlangen. Das ist Sache der privaten Wahlfähigkeit. Das Ereignis zeigt einen allgemeinen Ton.

Schingareff rief: Das Komitee zahlt nur einmaliges Entschädigung. Es belastet sozialistische Parteien auch für unethische Fehler.

Kosmaski protestiert im Namen der Heiligkeit der Ehe gegen die Profanation der Hochzeitlichkeit.

Der Kämpfer kann garantieren, daß dieser Bericht zutrifft. Daß dies aber das Fall, dass kann nur gezeigt werden, daß ein solches Verhalten selbst für mittlere Zustände ein Verbrechen ist. Die Hinterbliebenen der für die Unterwerfung gefallenen russischen Soldaten müssen also hungernd und sterbend eine "herrliche" Reise, die unsere französischen und englischen Genossen in ihrer großen Mäßigkeit gegen die brutale Tyrannie der zaristischen Herrschaft verhindern.

Der russische Bericht.

Russland: In der Nähe von Mariupol flogen am gestrigen Sonntag 14 Flugzeuge über den Hafen der Schwarzmeerküste und ein Feuerwerk. Sohn und Sohn der russischen Flotte. Bei diesem Angriff wurden die russischen Artillerieunterstützungskräfte in ein hellgelbes Blitzen getroffen. So der Tag am 4. März gegen 3 Uhr griffen die Deutschen nach Süden und Südsüdwesten des Dorfes Illyes mit 12 Flugzeugen, 12 Flugzeugen nach Süden des Dorfes und 12 Flugzeugen, die gegen die Schwarzmeerküste flogen. Auf der Seite des Generals Sosnowski verschafften unsere Flugzeuge den Deutschen wichtige Unterstützung, denn die Deutschen, die Russen überfliegen, waren mit dem Feuerwerk der russischen Flotte beschäftigt.

Gegen England.

Der neue Luftangriff.

Das englische Kriegsamt teilt mit, daß, wie man glaubt, drei Zeppeline an dem gestrigen Angriff auf England teilnahmen. Nachdem sie die Küste überflogen hatten, schlugen sie verschiedene Richtungen ein. Man hatte den Eindruck, daß sie im Unklaren waren, wo sie sich befanden. Das heimgekommene Gebiet war Yorkshire, Lincolnshire, Rutland, Huntingdon, Cambridgeshire, Norfolk, Essex und Kent. Sie gingen wieder abgemorfern. Es wurden, soweit bekannt, 3 Männer, 4 Frauen und 5 Kinder getötet und 33 Personen verwundet. Ferner wurden 2 Hausterrassen zerstört, ein Bureau, ein Gasthaus, ein Kaffeehaus und verschiedene Läden teilweise zerstört. Ein Stock Armenhäuser wurde erstaunlich beschädigt.

Gegen Italien.

Die italienische Kriegsanleihe.

Nach einer Berner Meldung beträgt das wirkliche Ergebnis der dritten italienischen Nationalanleihe 1700 Millionen lire, von denen 1200 Millionen Garantiezahlungen sind. Da die italienischen Kriegskosten zurzeit monatlich etwa 650 Millionen betragen, so decken die neuen Mittel also knapp den Bedarf von zwei Monaten. Bekanntlich mußte die Bezeichnungskrise der Anleihe von ursprünglich 4 Wochen auf 7 Wochen verlängert werden, um ein einigermaßen günstiges Ergebnis zu erreichen. Die Anleihe brachte also kaum mehr neues Geld, als während ihrer Bezeichnung durch den Krieg verbraucht wurde.

Der Seekrieg.

Die U-Boot-Tätigkeit.

Nach einer London-Meldung aus London ist der 2007 Tonnen große englische Dampfer "Kotheling" in den Grund gesunken. Die Besatzung ist gerettet. — Auch der britische Dampfer "Mafunda" ist versenkt worden. Die Besatzung konnte gerettet werden.

Vermehrte Minen-Opfer.

Der "Basler Anzeiger" meldet: Im Kanal und in der Nordsee mehren sich auch in den letzten Tagen die zahlreichen Unglücksfälle infolge des Auftauns von Dampfern auf abgetriebene Minen.

Es waren deutsche Torpedoboote.

Einer Stockholmer Meldung zufolge wurde am 2. März abends der schwedische Dampfer "Gellivare" auf dem Wege von Stettin nach Oselstrand nördlich von Oselstrand von drei Torpedoboaten aufgebracht. Der Kapitän der "Gellivare" ist der Meinung, daß es sich hierbei um russische Torpedoboote handelt.

Demgegenüber erfahren wir von zuständiger Seite, daß obiger Dampfer nicht von russischen, sondern von deutschen Torpedoboaten angegriffen, aber nicht aufgebracht worden ist.

Der Kampf zwischen der "Möve" und dem "Elan Macawish".

In Tilburg kamen am Freitag 18 Offiziere und Mannschaften des "Elan Macawish" an, jenes Schiffes, das vor der "Möve" aufgebracht und in Grund gehoben wurde. Wie die "Frankfurter Zeitung" aus London meldet, erzählte der dritte Offizier des "Elan Macawish": Der Kampf mit der "Möve" fand am 16. Januar statt. "Elan Macawish" fuhr ungefähr 100 Meilen südlich von Madeira, als sie zwei Schiffe sightete. Das eine Schiff hatte Licht am Bordmast. Sie überholten es rasch. Um 5.30 Uhr gab das Schiff Signalfarben ab. Ich antwortete. Das Schiff fragte: "Was für ein Schiff?" Wir fragten zurück, mit was für einem Schiff wir zu tun hätten und erhielten die Antwort: "Möve" von Liverpool. Darauf teilten auch wir unseren Namen mit. Plötzlich erhielten wir das Signal: "Sofort stoppen, ich bin ein deutscher Kreuzer!" Der Kapitän gab allen Mannschaften den Befehl, die größte Geschwindigkeit zu entfalten. Ich signalisierte aber zurück, daß wir stoppen würden. Es war dies also Bluff. Sobald das deutsche Schiff merkte, daß wir nicht hielten, eröffnete es das Feuer. Unsere Kanoniere erhielten den Befehl, das Feuer zu erwidern. Nun begann der Kampf. Die erste Granate, die entworfene, riss den Ventilator herunter und tötete einen Matrosen. Die nächste Granate ging durch die Kabine des Stewards und des zweiten Unteroffiziers und schleuderte ihre Splitter überall an. Das unter. Ein weiterer Schuß warf einen Treffer auf die Kommandobrücke. Eine Granate prallte uns über die Koppe hinweg. Eine traf den Obersteuermann und tötete 17 Matrosen und verwundete fünf. Dann traf eine Granate das Schiff unter der Wasserlinie. Jetzt befahl der Kapitän, dem Feuer Einhalt zu tun und das Schiff zu kippen. Sobald die Deutschen unsere Signale sahen, gaben sie Antwort und stellten das Feuer ein. Mit mehreren Begleitmannschaften kam ein deutscher Offizier an Bord. Kapitän Slover erschien und der Deutsche fragte, warum der Kapitän auf den deutschen Kreuzer feuerte. Der Kapitän erwiderte: "Ich feuerte, um mein Schiff zu retten. Wenn meine Regierung mir eine Kanone an Bord des Schiffes stellt, so benutze ich sie auch, denn eine Kanone ist nicht zur Verzierung da." Die Deutschen stellten uns nun auf dem Deck in einer Reihe auf. Sie sagten, daß jeder, der eine Bewegung mache, erschossen würde. Nach einiger Zeit erhielten wir den Befehl, in die Boote zu gehen. Das Boot des zweiten Offiziers und mein Boot erhielten Befehl, zu dem Begleitschiff der "Möve" der "Appam", zu führen, während andere Schiffssoffiziere und der Kapitän auf die "Möve" gehoben wurden. Am nächsten Tage, nachmittags, wurden die anderen Gefangenen von der "Möve" auf die "Appam" gehoben, wie selbst auf die "Möve". Der Name war nicht an dem Kreuzer angebracht. Aber an Kaisers Geburtstag erhielten die Deutschen in Salz mit dem Namen "Möve" auf den Rücken. Als wir von der "Appam" fortfuhren, verabschiedeten die Deutschen die "Coburg". Sie pusteten dann der "Möve" eine dünne gelbe Farbe auf und nahmen noch andere Mastlängen vor. Nach 24 Tagen wurde die "Wellburn" gefangen. In jener Nacht wurde alles gehängten Mannschaften, mit Ausnahme der Leute des "Elen Macawish", mitgeteilt, das Schiff zu verlassen. Uns dagegen wurde gesagt, daß wir nach Deutschland gebracht würden, oder daß man uns an Bord der "Möve" halten werde, bis das Schiff verfeuert würde, weil wir gefeuert hatten. Erst als alle Mannschaften an Bord waren, wurde uns bedeutet, daß wir mit Ausnahme des Kapitäns und der beiden Sohnen gehen können. Das Schiff stand unter Bewachung von acht Mann. Man hatte Bomber an das Schiff gehoben. Es war am 22. Februar in Tezirija ankommen, wurde uns gedroht, daß wir alle in die "Wellburn" gefangen werden, wenn wir uns rührten. Die "Wellburn" fuhr von der Südseite her in den Hafen von Tezirija, so ein und ein britischer Kreuzer kam vor Anker. Es war am nächsten Tage auf die "Wellburn" gekommen worden, haben mit, wie die "Wellburn" den Deutschen, die sie eine halbe Meile weit in die See hinausgeschoben hatten, angegriffen des britischen Kreuzers vor Tezirija verließ.

Die "Möve" und die englische Flotte.

Der "Daily Chronicle" stellt in einem Schriftstück die Frage, ob die "Möve" wirklich jetzt bereits nach Deutschland zurückkehrt oder ob der aktuelle deutsche Bericht nur etze-

Flug erfindung sei, um die Engländer zu veranlassen, die Jagd auf das Schiff auf offener See aufzugeben. Dieses letztere ist dem Blatt wahrscheinlicher. "Daily Chronicle" fügt hinzu: Wenn es den deutschen Offizieren der "Löwe" wirklich gelingt, ist das Schiff zurückzubringen, würden sie tatsächlich das Eisernen Kreuz verdient haben.

Die Kämpfe im Orient.

Türkischer Hauptquartiersbericht.

Das Hauptquartier teilt mit: Von den verschiedenen Fronten ist keine Nachricht eingetroffen, die eine wichtige Veränderung meldet. — Von dem Fall von Sittis weiß man also anscheinend in Konstantinopel noch immer nichts.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 7. März.

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, die gestern im Gewerkschaftshaus tagte, war vor besonderer Bedeutung für das hiesige Parteileben, wie der sehr starke Besuch bewies. Nachdem der Vortragende Genosse Löwigt der auf dem Schlachtfeld gefallenen Genossen Sündt, Heinrich und Gudorf, sowie den verstorbenen Mitglieder Ringewich, Dohrmann, Metterhausen, Rönnpage, Hardt, Göde, Maria Nagel und Dorothea Wackendorff ehrend gedacht und die Versammlung ihr Andenken in der üblichen Weise geehrt hatte, erhält Genosse Theodor Schwarz das Wort zu seinem Bericht über die Tagung der letzten Reichstagsession. Er hob hervor, daß über die Tätigkeit im Reichstage wenig zu sagen sei, weil sie sich jetzt meist in den Kommissionen bewegt und diese hinter verschlossenen Türen tagen. Das wichtigste waren die Ernährungsfragen, die die breiten Volksmassen in so unliebsamer Weise am eigenen Leibe spüren. Eine nennenswerte Erleichterung sei f. G. auch ausgeschlossen. Die bisherigen Regierungsmassnahmen seien eben nur halbheiter. Was nun die Haltung der 20 in der Debatte über das Reichstagsbeschlußtagung betreffe, so sei diese nicht so leicht zu erklären. Aber jedenfalls habe sie mit dem Kriege an sich nichts zu tun. Unsere Stellung war ein Protest gegen die Mehrheit unserer Fraktion, will diese unsern grundlegenden Standpunkt in der abgegebenen Erklärung nicht genügend zum Ausdruck brachte. Es sei notwendig gewesen, nach außen zu zeigen, daß wir nicht alle einer Meinung sind. Er, Redner, könne die ja ein halbes Jahrhundert hindurch propagierten Parteidoktrinen nicht so ohne weiteres beiseite schicken und sich für eine reine Reformpartei begeistern. Redner ging dann des näheren auf die Fraktionssitzung vom 3. August 1914 und die Erklärung Hauses vom 4. August ein. Schon damals haben sich tiefgehende Meinungsverschiedenheiten in der Sitzung zu den Kriegskrediten gezeigt. 14 Genossen — darunter Dr. Lenz — setzten gegen die von Haase verfasste Erklärung geweisen. Er habe die Meinung gehabt, daß man die Kredite bewilligen müsse, zumal Russlands Blitzschlag die Veranlassung zum Kriege gegeben hat. Wir müssten uns gegen den Imperialismus wenden, den wir immer befürchtet haben, und der sich vor dem Kriege in Deutschland mit Hilfe der Regierung Spittel und Geheimagenten leisten konnte. Redner bestritt, daß die Abstimmung der 20 einen Disziplinärbruch bedeutete. Die Fraktion sei keine maßgebende Instanz. Das seien Parteivorstand und Parteitag, und die Kontrollkommission, die unter dem Burgfrieden — den freilich gewisse Gegner nicht achten — die Streitfrage nicht regeln will. Jedenfalls diente leider der 20 eine Spaltung. (Zuruf: Rühle im "Vorwärts".) Rühle habe nur eine ungünstige Feder gehabt. Er habe nichts anderes getan als haemig, Kolb und Winnig. In Lübeck hätten Partei und Gewerkschaften immer sich gegenübergestanden. Er erörterte dann die Gründung der ersten Gewerkschaften in Lübeck, streifte die Fachvereine und ging auf die großen gewerkschaftlichen Kämpfe in Lübeck näher ein. Er halte die Ziele eines Winnig für gefährlich. Am Schlusse seiner Ausführungen sprach Genosse Schwarz dann noch über die neue Steuervorlage, die mit Ausnahme der unzureichenden Kriegsgewinnsteuer in den Orten verschwinden müsse. Es sei bedauerlich, wenn Genosse Eunom auch in dieser Frage von der Wahl des kleineren Uebels spreche. — In der Debatte sprach zunächst Genosse Stelling. Er hob hervor, daß es ganz selbstverständlich sei, alle das Volk belastenden Steuern aufzuhören. Er hoffe, daß die Fraktion erneut die nochmalige Erhebung des Wehrbeitrages und die Reichserwerbssteuer bekenntzt und einig zusammenkomme. Eunom habe mit dem kleineren Uebel die Wahl zwischen Lebensmittel- und Verkehrssteuern gemeint. Über den Standpunkt des Genossen Schwarz hieß es kein Zusammengesetztes mit den 20 habe er eigentlich eine andere Begründung erwartet, zumal Genosse Schwarz die Pflicht der Landesverteidigung anerkannt habe. Das sei der Kernpunkt. Von ihm hängt auch die Zustimmung zu den Kriegstreden ab. Die bedeutendsten unserer großen Parteiführer haben die Pflicht der Landesverteidigung ausgezögert, selbst auf internationalen Kongressen. Redner zitiert diesbezügliche Zeugnisse von Marx, Engels, Wilhelm Liebknecht, Bebel, v. Rossman, Auer und Jaures. Auch Genosse Schwarz war noch im Dezember und auch im März bereit, 5 anstatt 10 Milliarden auf einmal zu bewilligen. (Zuruf: Wäre auch ohne uns bewilligt worden!) Aber ein solcher Standpunkt, wie in diesem Zuruf zum Ausdruck kommt, ist einer großen verantwortungsvollen Partei unwürdig. Mit der Verweigerung der Kredite wären wir den Frieden keinen Schritt näher gekommen. Redner bedauert, daß die englischen Politiker und französischen Sozialisten gar keine Neigung zu einer Verbündigung zeigten. Leider sei noch immer nicht der Zeitpunkt gekommen, von wo eine Sicherung der Grenzen Tschiakas ist. Und deshalb sei der Standpunkt der 20 verfehlt. Ebenso trügerisch waren ihre Hoffnungen auf den Erfolg ihrer Friedensaktion. Redner hat dann noch hervor, daß gegen alle Spaltungsvorläufe Front gemacht werden müsse, ob sie von Rühle kommen oder von Kolb und Winnig. Jedenfalls könne auch nicht behauptet werden, daß durch die Bewilligung der Kredite Parteidoktrinen verlegt würden, denn es existiert kein Beschluss, sie unbedingt abzulehnen. Aber es steht ihm, daß Schwarz von Rühle und Liebknecht abgesetzt sei. Wir brauchen eine einzige geschlossene Partei. Genosse Heinrich Schmidt betont, daß sich alle Mächte nach Frieden sehnen. Er sei Gegner der Kreditbewilligung, aber nicht der Meinung der zwanzig; er verbreitet sich des nahen über die Schwierigkeiten der Ernährung des Volkes. Genosse Paul Löwigt entgegnet auf die Anstrengungen des Vorredners. Es sei gewiß unsäglich traurig, daß das Blutmeer da draußen immer noch mehr ansteigt. Auch die Maßnahmen bezüglich der Ernährung des Volkes sind unzureichend. Aber wir tun, was wir dagegen zu tun in der Lage sind. Die Verantwortung für den Krieg hat die Fraktion bei jeder Bewilligung von Krediten abgelehnt. Wenn sei es auch, daß ganz Europa einer entsetzlichen Verbrennung entgegensehe. Aber wenn wir der Opposition folgen, werden wir uns selbst und das deutsch Volk schädigen. Genosse Voigt betont auch, daß Schwarz nichts Stichhaltiges vorgebracht hat, was zur Ablehnung der Kredite führen müsse. Von einem alten Praktiker in der Partei hätte er erwartet, den Diplomatie nicht mitzumachen. Die Partei müsse einig und geschlossen den bürgerlichen Parteien gegenüberstehen. Ein Antrag des Genossen Hennef, die Versammlung bis nach dem Kriege auszusetzen, wurde abgelehnt, ein solcher des Genossen Frank, die Debatte wegen der Wichtigkeit der Fragen vorzeitig zu verlegen, wird angenommen. Genosse Stromer weist dann noch darauf hin, daß nachts Woche am 12. und 14. d. R. eine Konferenz in Lübeck stattfinden wird, mit deren Besuch rege agiert werden sollte. Genosse Schmidt geht noch auf die Batteriesorgung ein, ebenso Genosse Heinrich Ehlers. Das lange Warten vor der Kriegerhalle mußte befehligt und die Batterien in den Gefesten abgegeben werden. Einige Beschlüsse sollten die Frauen nur richtig beim Kriegswesen einbringen lassen. Hierzu wurde die Versammlung verabschiedet.

Beihilfen für die Angehörigen der zum Kriegsdienst einkommenden Vohnangestellten. Das neueste "Armeeverordnungsblatt" gibt folgendes bekannt:

3. Hinsichtlich der Zahlung der Beihilfen beim Ende, dem Vermögen in und der Gefangenenschaft eines Einbrechers

ist künftig folgendes:

a) Die Beihilfen werden bis Ende des Todesmonats gezahlt, dann hört die Bezahlung mit dem Bekanntwerden auf. An die Stelle der Beihilfe tritt bei Bedürftigkeit bis zur Zahlbarmachung der Hinterbliebenenbezüge ein Vorschuß auf diese Bezüge in Grenzen der in den §§ 20 und 21 des Militärhinterbliebenenvergleiches unter b ausgeführten Sätze, jedoch nicht über den Betrag der zu Lebzeiten bezogenen Beihilfe hinausgehend. Die beim Bekanntwerden des Todes nach Ablauf des Todesmonats bereits fälligen, aber noch nicht abgehobenen Beihilfen sind ebenfalls als Vorschuß zu betrachten.

b) Wird ein Einbrecher vermisst, dann sind die unter a bezeichneten Beträge an Stelle der Beihilfe als Vorschuß auf alle aus Staats- oder reichsrechtlichen Bewilligungen sich ergebenden Ansprüche zu zahlen. Als vermisst gelten die Einbrecher, deren Fortleben berechtigten Zweifel unterliegt, sei es, daß sie als vermisst gemeldet sind, sei es, daß den Angehörigen seit zwei Monaten kein Lebenszeichen zugegangen ist.

c) In den Empfangsbehörden sind die gezahlten Beiträge als Vorschüsse zu bezeichnen, und zwar im Falle a) als Vorschuß auf die für die gleiche Zeit zustehenden Hinterbliebenenbezüge, im Falle b) als Vorschuß auf die dort bezeichneten Ansprüche.

d) Die Angehörigen der in Kriegsgefangenschaft geratenen verbleiben vorläufig im Besitz der bisherigen Beihilfen. Ob ihnen und den Angehörigen der Vermissten Gehalts- oder Lohnungsteile auf die Beihilfen oder Vorschüsse ganz oder teilweise zu zahlen sind, richtet sich nach der wirtschaftlichen Lage der Empfänger. Entscheidung trifft die vorgesetzte Behörde.

e) Zahlungen, die nach Ablauf des Todesmonats bis zum Beginn der Vorschuhzahlungen (Abl. a und b) geleistet sind, gelten als Leberräumungen und sind zurückzufordern. Hierzu kann angehoben werden, wenn die Empfänger durch die Rückzahlung in Bedrängnis oder in eine Notlage geraten würden. Entscheidung trifft die vorgesetzte Behörde.

f) Die Empfänger sind schriftlich zu verpflichten, die Dienststelle, die ihnen die Beihilfe bewilligt hat, als bald zu benachrichtigen, wenn sie von dem Tode oder der Gefangenenschaft des Einbrechens Kenntnis erhalten, oder wenn der Einbrecher als vermisst gilt; ebenso haben sie Anzeige zu erstatten über die Höhe der ihnen etwa bewilligten Gehalts- und Lohnungsteile. Vor jeder Zahlung ist auf diese Verpflichtung erneut hinzzuweisen.

g) Die Dienststelle regelt beim Bekanntwerden des Todes oder des Vermissten eines Einbrechens alsbald die Vorschuhzahlung und gibt hieron dem Bezirkskommando Kenntnis, in dessen Bereich der Empfänger wohnt oder lag vorübergehend aufhält. Das Bezirkskommando legt die Nachricht mit dem späteren Antrag auf Gewährung der Hinterbliebenenbeihilfe der Intendanten vor. Diese trifft Vorförderung, daß der Vorschuß bei der Zahlung der Hinterbliebenenbeihilfe vorweg in Abrechnung gebracht wird und der Kasse erstritten wird, die den Vorschuß geleistet hat.

h) Die Dienststelle regelt beim Bekanntwerden des Todes oder des Vermissten eines Einbrechens alsbald die Vorschuhzahlung und gibt hieron dem Bezirkskommando Kenntnis, in dessen Bereich der Empfänger wohnt oder lag vorübergehend aufhält. Das Bezirkskommando legt die Nachricht mit dem späteren Antrag auf Gewährung der Hinterbliebenenbeihilfe der Intendanten vor. Diese trifft Vorförderung, daß der Vorschuß bei der Zahlung der Hinterbliebenenbeihilfe vorweg in Abrechnung gebracht wird und der Kasse erstritten wird, die den Vorschuß geleistet hat.

i) Die Dienststelle regelt beim Bekanntwerden des Todes oder des Vermissten eines Einbrechens alsbald die Vorschuhzahlung und gibt hieron dem Bezirkskommando Kenntnis, in dessen Bereich der Empfänger wohnt oder lag vorübergehend aufhält. Das Bezirkskommando legt die Nachricht mit dem späteren Antrag auf Gewährung der Hinterbliebenenbeihilfe der Intendanten vor. Diese trifft Vorförderung, daß der Vorschuß bei der Zahlung der Hinterbliebenenbeihilfe vorweg in Abrechnung gebracht wird und der Kasse erstritten wird, die den Vorschuß geleistet hat.

Bedürfen Mitgliederversammlungen der Krankenstation unter dem Belagerungszustand der polizeilichen Genehmigung? Diese Frage hatten sich die Lübecker Gerichte wiederholt zu beschäftigen. Der Vorsitzende der heutigen Gesellschaftertagung hatte im Februar dieses Jahres eine Generalversammlung der Kasse einberufen, ohne die polizeiliche Genehmigung eingeholt zu haben. Deshalb war er wegen Vergehens gegen das Belegerungsgesetz in Verbindung mit der Bekanntmachung des kommandierenden Generals des 9. Armeekorps vom 7. Januar 1915 angeklagt, jedoch von der Strafkammer freigesprochen worden mit der Begründung, daß derstellende Kommandierende General das im Reichsvereinsgebot gewährleistete freie Versammlungsrecht nicht in der von ihm angewandten Art rechtswidrig befreit könne. Auf Revision der Staatsanwaltschaft hatte sich das Reichsgericht mit der Sache zu beschäftigen; es hob das Urteil auf und stellte sich auf den Standpunkt, daß die Verordnung desstellenden Kommandierenden Generals zu Recht bestiege. Darauf hat nunmehr am Freitag die hiesige Strafkammer den Verantwortler der Versammlung zu 3 Mrd. Strafstrafe verurteilt.

Arbeiterstreik. Am Sonnabend vormittag gegen 10½ Uhr verunglückte auf der Kochischen Schiffswerft der Kiel Hermann Röhl dadurch, daß er von dem Heck des Neubaus 235 herab auf die Stellagen und tödlich auf die Erde fiel. Der Gedauernswerte erlitt Verletzungen der Rippen und am Kopfe und mußte nach dem Allgemeinen Krankenhaus gebracht werden.

Wider die Samstertaxe. Wir erhalten diese Zuschrift: Seit einigen Tagen finden hier wieder wie zu Anfang August 1914 und im Mai und Juni 1915 Angesteinkäufe in Zucker statt. Da hat irgend jemand, selbstverständlich einer, der das Gros wachsen hört, also ganz besonders selau ist, erzählt: der Zucker würde knapp und teuer werden. Und nun führen alle, die auch knapp sein wollen, die Läden und kaufen große Mengen Zucker ein, einselne bis 100 Pfund! Der Kaufmann versichert ihnen zwar eindeutig, der Zucker werde nicht teurer. Aber sie glauben ihm nicht, niemand weiß es so viel besser! Diese Angesteinkäufe und ebenso unrichtig wie gefährlich. Unrichtig gegen die Kinderbetreuungen, die auch Zucker brauchen, aber für keinen Vorrat hinlegen können. Und gefährlich, weil sie zur Folge haben können, daß der Zucker zur Hauptverbrauchszeit wirklich knapp wird und dann vielleicht im Preise heraufgesetzt werden muss. Darum: ruhig Blut! Der Preis für Rohzucker ist durch Verordnung des Reichskanzlers vom November 1915 bis Ende September 1916 für den Großhandel auf 12 Mrd. für 100 Pfund ab Magdeburg festgelegt und die Vorräte reichen aus. Wenn das Publikum vernünftig ist und nur seinen gegenwärtigen Bedarf eindeckt, wird auch der Kleinhandelspreis nicht erhöht werden. Angesteinkäufe aber wirken preistreibend und die Angestieger haben während des Krieges schon gerade genug Unheil angerichtet. Wer sein Vaterland liebt, sozial denkt und noch über einen klaren Kopf verfügt, darf jetzt nicht mehr Zucker kaufen, als er für die allernächste Zeit wirklich bedarf.

Warung. Die Firma Syndicat Surinam in Basel (Schweiz) enthält eine lebhafte Werbetätigkeit durch Veröffentlichungen von Anzeigen in deutschen Zeitungen, in denen sie gewöhnlich folgendes ankündigt: "Wie kein Vermögen auch trog Kriegslage zu verzeihen — wird sub Chiffre . . . seriosen Interessenten mitgeteilt." Den sich meldenden Interessenten werden Prospette des Syndicats überreicht, in denen darauf hingewiesen wird, daß die Firma an soliden, gut fundierten Quicksilber- und Goldminen-Unternehmungen in Surinam (Holländisch-Guiana) beteiligt ist, ferner wird zur Zeichnung von Anteilen eingeladen. Nach amtlich angestellten Ermittlungen kann mit Rücksicht auf den Ruf der Firma vor einer Beteiligung an den Unternehmungen nur dringend gewarnt werden.

Zur dem Gerichtsaal. Ein schwerer Junge. Der erste im jugendlichen Alter von 22 Jahren stehende "Arbeiter" Johann Meyer, der schon mancherlei auf dem Kerbholz hat und zuletzt am 6. November 1914 zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden war, hatte am Freitag vor der hiesigen Strafkammer einer ganzen Reihe von Einbruchsbüchsen zu verantworten. Nachdem Meyer mit zwei anderen Gefangenen infolge am 12. November vorigen Jahres aus der Strafanstalt Lauenholz ausgetrochen waren, begingen diese drei gleich in der folgenden Nacht bei dem Landmann Meiss in Kronsforde den ersten Einbruchsbüchstahl. Ihnen fielen Brot, Eier, Fleisch und Wurst im Wert von 22-28 Mrd. zur Beute. Dann versteckten die beiden Komplizen den Meyer, der sich im Felde bei Kronsforde eine Erdbebauung ihres und von dort seine Diebeszüge unternahm. In der Nacht zum 25. November entwendete er bei einem Einbruch in das Postamt in Krumme eine Taschenuhr, Kleidungsstücke und etwas Auszugsrolle. Begleiter gestaltete sich für ihn noch das Ergebnis eines in der Nacht zum 1. Dezember beim Landmann Meiss in Kronsforde verübten Einbruchsbüchstahls, wo ihm ein großer Quantum Lebensmittel in die Hände fiel. Einige Stunden später entwendete er bei Meiss in Kronsforde eine

große Kümmel, Lebensmittel und eine Zigarette waren das Resultat eines in der Nacht zum 3. Dezember unternommenen Einbruchs beim Gärtnerei-Strunk in Lübeck. In derselben Nachtkomplizen Meyer ein Einbruchsbüchstahl beim Käfer Schmidt während sein nächtlicher Besuch beim Gärtnerei Vollert sehr ertragreich war. Hier wurde er jedoch bemerkt und verfolgt, sodass er alles entzog bis auf eine Zigarettenasche im Stiche lassen musste. Weitere Einbruchsbüchstahle führte er wenige Tage später beim Landmann Gade in Kronsforde, beim dortigen Gemeindevertreter Schnoor und beim Gastwirt Koop in Krumme aus, wo er mancherlei verschwendete Gegenstände wie Kleidungsstücke, Nahrungsmitte, Petroleum, grüne Getränke, ein Fahrrad usw. mitgehen ließ. Der gesetzliche Verbrecher wurde zu insgesamt 4 Jahren Gefängnis und 2 Jahren Entzug der Freiheit verurteilt. Einem Einbruchsbüchstahl unterzog am 8. Februar d. J. der aus Russisch-Polen stammende Schlägergeselle W. mit noch einem nicht ermittelten Komplizen in der zweiten Etage des Hauses Hörstorf 123. Sie entwendeten einen Herrenanzug, einen Revolver, einen Damenportemonnaie mit 6 Mrd. und eine Zigarettenasche. Als die Eigentümerin zurückkehrte, suchten die Diebe zu entfliehen. W. wurde jedoch ergreift und sich zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Balkanisches Konzert. Am Mittwoch beginnt der erste der deutsch-historischen Abende, die die Musik von Bach bis Weber umfaßt. Der Gedanke, in einer Reihe von Konzerten einen Überblick über die Entwicklung deutscher Musik zu bieten, ist gewiss interessant, umsonst noch, wenn, wie das Programm des Mittwochskonzertes zeigt, alles Lehrlinge ausgeschieden wird. Die erste Abteilung des Konzertes umfaßt vorwiegend Alte, Bach, Mendelssohn und Gluck (Ouvertüre zu Iphigenie in Aulis). Der Klavierkonzert hält Stamitz, dessen Octettduo mit Herrn Waack am Klavier auf wunderbare Weise wiederholt wird. In der zweiten Abteilung kommen die Opern zu Werke: Haydn mit seiner Serenade für Streicher, Mozart mit einem Klavierstück aus einem Divertissement und Beethoven mit der Cäcilie-Ouvertüre.

pb. Geschwader-Kinderwagen. Am 4. d. M. eine Frau aus einer Familie der Geschwader-Kinderwagen, die aus einem Kindergarten und vermutlich gebraucht wurden. An dem Wagen befanden sich keine Sehenswürdigkeiten.

pb. Am früheren Tag erschien beim Eisenbahnbau ein Schwanger und eine Frau aus einem Kindergarten und eine weitere Person aus einem Kindergarten und vermutlich gebraucht wurden. An dem Wagen befanden sich keine Sehenswürdigkeiten.

pb. Auf schwämmen Wagen. Ein Kind aus einer Familie der Geschwader-Kinderwagen, der aus einem Kindergarten und vermutlich gebraucht wurden. An dem Wagen befanden sich keine Sehenswürdigkeiten.

Hamburg. Aus der Bürgerkriegszeit. Aus den fast vierjährigen Verhandlungen der Bürgerkriegszeit im Mittwoch traten zwei Fragen besonders hervor: die durch die Bedeutungsvolle Befreiung der Kattowitzer Eisenbahn Hamburgs und die eingehende Erörterung der Frage, ob der Staat als Arbeits- und Arbeitsgeber zu den von der Bürgerkriegszeit getroffenen Zuwendungslagen hält. Da Staat hat in Gemeinschaft mit einer Kommission bei der Reichsbahnstelle in Berlin und zuletzt auch beim Reichskanzler die regulären und dringendsten Verhandlungen erholet, das in letzter Stunde den Erfolg gebracht hat, daß die Zusage erfolgt ist, daß dieser Kattowitzer Bahnhof jetzt nach Hamburg übertragen wird. Von diesen wird ein beträchtlicher Teil in den nächsten Tagen stattfinden. Gen. Paeplow gab eingehende Darlegungen über die von den Arbeitern im Bergwerk erforderten Zuwendungen, über die die eingehende Erörterung der Frage, ob der Staat als Arbeits- und Arbeitsgeber zu den von der Bürgerkriegszeit getroffenen Zuwendungslagen hält. Da Staat hat in Gemeinschaft mit einer Kommission bei der Reichsbahnstelle in Berlin und zuletzt auch beim Reichskanzler die regulären und dringendsten Verhandlungen erholet, das in letzter Stunde den Erfolg gebracht hat, daß die Zusage erfolgt ist, daß dieser Kattowitzer Bahnhof jetzt nach Hamburg übertragen wird. Von diesen wird ein beträchtlicher Teil in den nächsten Tagen stattfinden. Gen. Paeplow gab eingehende Darlegungen über die von den Arbeitern im Bergwerk erforderten Zuwendungen, über die die eingehende Erörterung der Frage, ob der Staat als Arbeits- und Arbeitsgeber zu den von der Bürgerkriegszeit getroffenen Zuwendungslagen hält. Da Staat hat in Gemeinschaft mit einer Kommission bei der Reichsbahnstelle in Berlin und zuletzt auch beim Reichskanzler die regulären und dringendsten Verhandlungen erholet, das in letzter Stunde den Erfolg gebracht hat, daß die Zusage erfolgt ist, daß dieser Kattowitzer Bahnhof jetzt nach Hamburg übertragen wird. Von diesen wird ein beträchtlicher Teil in den nächsten Tagen stattfinden. Gen. Paeplow gab eingehende Darlegungen über die von den Arbeitern im Bergwerk erforderten Zuwendungen, über die die eingehende Erörterung der Frage, ob der Staat als Arbeits- und Arbeitsgeber zu den von der Bürgerkriegszeit getroffenen Zuwendungslagen hält. Da Staat hat in Gemeinschaft mit einer Kommission bei der Reichsbahnstelle in Berlin und zuletzt auch beim Reichskanzler die regulären und dringendsten Verhandlungen erholet, das in letzter Stunde den Erfolg gebracht hat, daß die Zusage erfolgt ist, daß dieser Kattowitzer Bahnhof jetzt nach Hamburg übertragen wird. Von diesen wird ein beträchtlicher Teil in den nächsten Tagen stattfinden. Gen. Paeplow gab eingehende Darlegungen über die von den Arbeitern im Bergwerk erforderten Zuwendungen, über die die eingehende Erörterung der Frage, ob der Staat als Arbeits- und Arbeitsgeber zu den von der Bürgerkriegszeit getroffenen Zuwendungslagen hält. Da Staat hat in Gemeinschaft mit einer Kommission bei der Reichsbahnstelle in Berlin und zuletzt auch beim Reichskanzler die regulären und dringendsten Verhandlungen erholet, das in letzter Stunde den Erfolg gebracht hat, daß die Zusage erfolgt ist, daß dieser Kattowitzer Bahnhof jetzt nach Hamburg übertragen wird. Von diesen wird ein beträchtlicher Teil in den nächsten Tagen stattfinden. Gen. Paeplow gab eingehende Darlegungen über die von den Arbeitern im Bergwerk erforderten Zuwendungen, über die die eingehende Erörterung der Frage, ob der Staat als Arbeits- und Arbeitsgeber zu den von der Bürgerkriegszeit getroffenen Zuwendungslagen hält. Da Staat hat in Gemeins

Zeichnet die Kriegsanleihe!

Fünfprozentige Deutsche Reichsanleihe

zu 98,50

oder

Viereinhalbprozentige auslosbare Deutsche Reichsschulzettelanweisungen

zu 95.

Die Kriegsanleihe ist
das Wertpapier des Deutschen Volkes

die beste Anlage für jeden Sparten, sie ist zugleich

die Waffe der Daheimgebliebenen

gegen alle unsre Feinde, die jeder zu Hause führen kann und muß, ob Mann, ob Frau, ob Kind.

Der Mindestbetrag von Hundert Mark, bis zum 20. Juli 1916 zahlbar, ermöglicht Jedem die Beteiligung.

Man zeichnet
bei der Reichsbank, den Banken und Bankiers, den Sparkassen, den Lebensversicherungsgesellschaften, den Kreditgenossenschaften
oder

bei der Post in Stadt und Land.

Letzter Zeichnungstag ist der 22. März.

Man schicke aber die Zeichnung nicht bis zum letzten Tage auf!

Alles Nähere ergeben die öffentlich bekanntgemachten und auf jedem Zeichnungsschein abgedruckten Bedingungen.

1010

Anmeldung von Benzin.

Auf Grund des § 95 des Gesetzes über den Belagerungszaun vom 4. Juni 1851 wird bestimmt, daß jeder, der Benzin aus dem Auslande über die deutsche Grenze gebracht hat, die von ihm eingeführte Menge mit Angabe von Herkunft und Gießereien, jüngst der Inspektion des Katastrophiebüros in Berlin NW., Friedrichstraße 100, mitteilt, ohne Rücksicht darauf, daß die eingeführten Mengen auch von den Grenzgäulätern angezeigt werden.

Berlin, den 1. März 1916.

Stellvert. Generalquartermarschall
v. Roehl,
General der Artillerie.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 10 der Sonderverordnung über die Abgabe von Benzinkonserven und die Sonderverordnung vom 21. Februar 1916 werden alle im Deutschen Reich eingeschlossenen Städte, Provinzen und Gemeinden, sowie alle anderen Städte, welche Säure an Stelle des Sodas benutzt werden, verordnet, den Betrieb des Eisenbahns am 11. März 1916, nachmittags 1 Uhr, einzustellen, um gegen 1. August unter Volltakten den Dienst 1916 zu beginnen und
1. August folgenden Zahler zu den Eisenbahnen 1916 zu verhindern. Nach dem 1. August 1916 werden alle Eisenbahnen wieder betrieben, wie vor dem 11. März 1916.

Zur Bekanntmachung des § 10 der Sonderverordnung vom 21. Februar 1916 werden alle im Deutschen Reich eingeschlossenen Städte, Provinzen und Gemeinden, sowie alle anderen Städte, welche Säure an Stelle des Sodas benutzt werden, verordnet, den Betrieb des Eisenbahns am 11. März 1916, nachmittags 1 Uhr, einzustellen, um gegen 1. August unter Volltakten den Dienst 1916 zu beginnen und

2. August folgenden Zahler zu den Eisenbahnen 1916 zu verhindern.

Zur Bekanntmachung des § 10 der Sonderverordnung vom 21. Februar 1916 werden alle im Deutschen Reich eingeschlossenen Städte, Provinzen und Gemeinden, sowie alle anderen Städte, welche Säure an Stelle des Sodas benutzt werden, verordnet, den Betrieb des Eisenbahns am 11. März 1916, nachmittags 1 Uhr, einzustellen, um gegen 1. August unter Volltakten den Dienst 1916 zu beginnen und

2. August folgenden Zahler zu den Eisenbahnen 1916 zu verhindern.

Das Polizeiamt.

Schlesischer Bericht von Auslandsbüttler in der Markthalle.

Die Ausgabe jeder Kugel, Schrot, Schrotkugeln, Schrotwürfel und 7 Uhr, Sonderabgabe zwischen 10 und 12 Uhr, Schrotkugeln werden auf 200 und den Schrotkugeln 100 auf 4 und 2 Schrotkugeln 100 auf 200.

Der Preis kommt für das Schrot 20 Pf.

Die Ausgabe der Schrotkugeln wird gestoppt.

Beerdigungsinstitut Gebr. Müter

Hausnummer 427. Hausstraße 13.

3. Unterstufe unserer Beerdigungen.

Wieder Lager in Flens., Schlesien, Bresl., Pol. u. Westh.

Reichsdeutschland. Beste Preise.

Den Tod für Vaterland erlitt infolge schwerer Verwundung im einem Feldlazarett im 32. Lebensjahr mein einziger lieber Sohn, mein lieber guter Bruder und Schwager, der Musketier

Karl Schlieckert

Hf.-Regt. 162.

In tiefer Schmerz

Carl Schlieckert.

Mariechen Tendt geb. Schlieckert.

Otto Tendt, zurzeit im Felde.

Lübeck, den 7. März 1916.

Großenstraße 4, I.

Staffelsonderer Anzeige

Am Sonntag morgen entsteht leicht nach Mittwochabend Reue keine kleine Kasse kann unter mir weiter, Geschäftsräume, Geschäfte und Gewerbe.

Anna Mathias

und

die 60 Jahre alte, mit Begeisterung nach Mittwochabend verschwunden von den Sorgern Joseph Mathias

und Familie.

Leipzig, den 7. März 1916.

Wohlwille 20.

Die Eltern haben eine Kasse, die 10 Pf. auf 10 Pf. in der Kasse des Sammelpunktes statt

zu verlieren.

Jg. Rindfleisch - p. Bfd. 150,-

Bratenstücke 200,-

Jg. Rindfleisch - 210,-

Bratenstücke 220,-

Jg. Kalbfleisch - 150,-

Kotelett 170,-

Prima frische Ochsenschär.

Karl Lahritz, Dönerkutter.

Karl Lahritz, 14-16 (102)

Eis Klaps- und Sportwagen

mit Verdeck zu verkaufen. (1013

Wettern, 1. I. Uhr nachmittags.

Eine Brathäfe verloren.

Nr. 457. Höhe oben

Gleiterpferd. 5.

usw.

(Polizei-Berordnung vom

22. August d. J.).

Und zum Preise von 30 Pf. ce-

hältnißlich in der

Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

Johannisstr. 46.

Zu vermieten

ausgewählte Häuser, gr. Andre.

A. Pohl, Schmid, Mariegar. 44.

Jg. Rindfleisch - p. Bfd. 150,-

Bratenstücke 200,-

Jg. Rindfleisch - 210,-

Bratenstücke 220,-

Jg. Kalbfleisch - 150,-

Kotelett 170,-

Prima frische Ochsenschär.

Karl Lahritz, Dönerkutter.

Karl Lahritz, 14-16 (102)

Steckrüben

zu Sonderpreisen

Januar 1.50 SR.

Joh. Peters,

Januar 32. Januar 2168.

Ein Käferwagen

und Gumm

und Rad

zu verkaufen.

Georgstraße 7, pt.

Ragoda

zu Sonderpreisen.

Januar 1.50 SR.

Georgstraße 7, pt.

Markt-
hallenstand

46.

Seitliche Hamburger Straße
Bf und 30-40 Bf. (1018
Bin täglich in der Markthalle
von 7-1 Uhr mittags.
Johannes Bay, Markthallenstr. 46.

England und die
Sperrung der See

Preis 20 Pf.

Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Plakate

beit.

Preis-Verzeichnis
für Lebensmittel

usw.

(Polizei-Berordnung vom
22. August d. J.)

Und zum Preise von 30 Pf. ce-

hältnißlich in der

Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

Johannisstr. 46.

Zu Aufführung kommen u. a.:
Händel: Largo für Solo-Violine,
Harfe und Orchester. Stamitz:
Orchester-Trio mit Klavier (auf
vielseitigen Wunsch). Gluck:
Ouverture "Iphigenie in Aulis".
Mozart: Menuett für Streich-
orchester und Hörner.

Stadttheater.

Dienstag, den 7. März 1916:

Anfang 8 Uhr:

Der polnische Jude.

Oper von Karl Weis.

Mittwoch, den 8. März 1916:

Anfang 8 Uhr:

Rausch.

Schauspiel von Strindberg.

Donnerstag, den 9. März 1916:

Anfang 8 Uhr:

Carmen.

Oper von G. Bizet.

